

Festvortrag

25 Jahre Konstituierung des 4. Sächsischen Landtages

27. Oktober 2015, Dreikönigskirche zu Dresden

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Präsidentin
des Verfassungsgerichtshofes, sehr geehrte Damen und Herren
Abgeordnete, verehrte Festversammlung

Es ist für mich ein bewegender Augenblick hier in diesem schon historischen Saal der Dreikönigskirche mit seinem beeindruckenden Wandgemälde des Künstlers Werner Juza aus dem Jahre 1988, an diesem Pult, in dem Raum, in dem sich heute vor 25 Jahren am 27. Oktober 1990, Dank der Friedlichen Revolution, der 4. Sächsische Landtag konstituierte und am 27. Mai 1992 seine Verfassung beschloss, einige Worte an Sie richten zu dürfen. Bevor ich zum eigentlichen Thema spreche, gestatten Sie wenige Vorbemerkungen.

Auslöser für die direkte Einflussnahme der Bürger auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Land war der dramatische Verfall staatlicher Autorität und der spürbaren Führungsschwäche der Regierung. Das für mich Unfassbare im Herbst 89 war, wie schnell das ideologische, diktatorische System der DDR in sich zusammenbrach.

In dieser Zeit der Ratlosigkeit der Regierenden entstanden in den Städten, bis hin in die kleinsten Kommunen, etwa 3.000 Runde Tische.

Forderungen der Demonstranten, von neuen politischen Parteien und Bürgerbewegungen gerade zu Papier gebracht, waren oftmals schon nicht mehr aktuell, bevor noch die Druckerschwärze getrocknet war. Den politischen Akteuren blieb kaum Zeit über Strategien zur Umsetzung ihrer Forderungen nachzudenken bzw. diese umzusetzen.

Das Geschehen entwickelte eine Eigendynamik, die trotz mancher Wirrungen dem revolutionären Prozess eine Vorwärtsbewegung gab, dessen Ziele vielfach noch unklar und Ergebnisse nicht absehbar waren. Es entstand für mich am Runden Tisch der Eindruck, dass alle auf der Flucht waren. Die einen nach vorn, andere sich rückwärts orientierend. Die einen auf Spurensuche, andere wiederum Spuren beseitigend. Aus der Staatssicherheit puppte sich die NAsI, aus der SED häutete sich die PDS. Der sozialistische Betriebsleiter mutierte zum marktwirtschaftlich denkenden Geschäftsführer mit frühkapitalistischem Gebaren. Aus den Mitarbeitern staatlicher Verwaltungen wurden Bundes- und Landesbedienstete. Und das übrige Staatsvolk? Es wurde zum selbstbewussten Akteur und Gestalter einer gewaltfreien, friedlichen Revolution als Ausdruck einer hohen Kulturleistung.

In dieser unübersichtlichen, ja teilweise das Schlimmste befürchtenden, gesellschaftlichen Situation wurden die Runde

Tische zu Katalysatoren und zu Hoffnungsträgern für den Erfolg der begonnenen Revolution.

Sie wurden zu Vermittlern unterschiedlicher Interessen, zum Übungsfeld demokratischer Umgangsformen mit politisch Andersdenkenden und zeitweise zum Zentrum der Machtkontrolle. Sie förderten die Bereitschaft zum Grundkonsens, der da hieß, „keine Gewalt“ – dem Ruf der Menschen auf der Straße, die in friedlicher Absicht Freiheit und Demokratie einforderten. Der gemeinsame Wille zum Konsens an den Runden Tischen und zur Friedfertigkeit der Demonstranten auf den Straßen wird von so manchem im Rückblick als die Hochzeit der gewaltfreien, friedlichen Revolution im Herbst `89 angesehen.

Die Absicht der SED-Staatsführung, durch eine sogenannte Wende den revolutionären Prozess zu stoppen, war der Versuch, die Deutungshoheit und den Einfluss auf die eingetretene Situation zurück zu gewinnen. Das politische und gesellschaftliche System und die Führungsrolle der SED sollten nicht in Frage gestellt werden. Sie handelten nach dem Motto: „Keine Macht dem Volk“.

Nun zum Thema – vom Runden Tisch des Bezirkes Dresden, nur von dem kann ich berichten, zum Parlament -. Oder -der sächsische Sonderweg zur Bildung des Landes - .

Nachdem der erste Versuch der SED, das Ruder im Machtkampf mit der Straße herumzureißen fehlschlug, sollten nun die Runden Tische zu ihrem Instrument werden.

Am 8.Dezember `89 erhielt das Bischöfliche Ordinariat der katholischen Kirche einen Anruf des Rates des Bezirkes mit der

Bitte, einen Mitarbeiter zu einer Beratung zu entsenden. Den versammelten Personen wurde mitgeteilt, dass es einen Aufruf gäbe, das Gebäude des Rates des Bezirkes zu besetzen. Gleichzeitig informierte der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes über die Absicht zur Bildung eines Runden Tisches und bat um Vorschläge für dessen Besetzung. Nachdem Einigkeit darüber hergestellt war, konstituierte sich der Runde Tisch des Bezirkes Dresden noch am gleichen Abend. Am 15. Dezember kam es zur ersten Sitzung. Tagungsort war das Gebäude des Rates des Bezirkes, heute Sitz der Sächsischen Staatskanzlei .

Der Runde Tisch tagte zukünftig wöchentlich, jeweils an einem Donnerstag und nach Bedarf. Am Morgen des folgenden Tages berichtete einer der Moderatoren über den Sender Dresden vom Verlauf der Beratung und deren Ergebnisse.

Moderiert wurden die Gespräche in der ersten Sitzung von Hans Geisler, ab der 2. Sitzung von den Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche. Der Runde Tisch beendete seine Tätigkeit am 12. Juli 1990.

Im Unterschied zum Zentralen Runden Tisch in Berlin war es von Beginn an nicht die Absicht der Teilnehmer, sich in staatliche Strukturen einbinden zu lassen. Auch war in den Beratungen immer der Vorsitzende des Rates des Bezirkes anwesend.

Der Runde Tisch beschloss in seiner konstituierenden Sitzung für seine zukünftige Arbeit drei Schwerpunkte:

1. Kontrolle der Administration (soweit dies überhaupt möglich war).

2. Begleitung der Arbeit des Bürgerkomitees zur Auflösung der Bezirksstelle der Staatssicherheit auf der Bautzener Straße
3. Herausbildung der Strukturen für ein zukünftiges Land Sachsen

Mit dem dritten Schwerpunkt nahm der Runde Tisch eine Forderung der Demonstranten auf, die schon mit Beginn der Demonstrationen die weiß-grünen ehemaligen sächsischen Landesfarben mitführten und auf Transparenten, als Ziel der Auseinandersetzung, die Wiedererrichtung des Landes Sachsen und später die Wiedervereinigung Deutschlands, forderten.

In seiner zweiten Sitzung am 11. Januar 1990 war das zukünftige Land Sachsen zentrales Thema. Es sollte sich in den kommenden Wochen und Monaten zu einem zähen Ringen, ja Machtkampf, zwischen den neuen politischen Kräften und der alten Nomenklatura der Räte der Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt werden und nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 auch mit der Regierung de Maizière.

In der Sache, das Land Sachsen zu gründen, war man sich einig, um das WIE und WER stritt man kompromisslos. Diese sich bis in den Sommer hinziehende Auseinandersetzung war auch der Grund, weshalb sich der Dresdner Runde Tisch, durch eigenen Beschluss erst im Juli des Jahres 1990, auflöste.

Die allgemeine politische Entwicklung im Herbst 89 blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeit der Staatsapparate in den Bezirken, die sehr genau die Entwicklung auf den Straßen beobachteten.

Angesichts der Zurückhaltung der Modrow Regierung in Sachen Länderbildung entwickelten die Räte der Bezirke eigene, nicht mit dem Ministerrat abgestimmte Aktivitäten.

Die Räte, eben noch Stützen des alten Regimes, betrachteten sich mit größter Selbstverständlichkeit als Baumeister des künftigen Staatswesens. Vorreiter war der Rat des Bezirkes Dresden,

Zunächst überraschte der Rat des Bezirkes Dresden am 17. Januar 1990 mit einem Arbeitspapier „Wege zur Herausbildung des Landes Sachsen“ und forderte den Runde Tisch in seiner Sitzung am 18.01.90 auf, Vertreter für die Arbeitsgruppen zu benennen. In dem Papier wurde vorgeschlagen aus den drei Bezirken Dresden, Leipzig und Karl -Marx -Stadt ein Land Sachsen der DDR zu bilden. Der Runde Tisch beauftragte den Rat, einen gemeinsamen Antrag des Runden Tisches und des Bezirkstages an die Volkskammer auszuarbeiten. Zu diesem Zeitpunkt stand der Runde Tisch noch unter erheblichen Einfluss des Rates des Bezirkes und beschäftigte sich mit einem bunten Strauß unterschiedlichster Themen.

Das Mitglied des Runden Tisches, Matthias Rößler vom Demokratischen Aufbruch, schätzte die Situation später so ein: „Wie eine Schar Hühner pickten wir in irgendwelchen Ecken Körner auf, die die Funktionäre ausstreuten, während die Funktionäre dabei waren, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen“.

Der Rat des Bezirkes hatte bis Ende Januar zweifelsfrei eine Vorreiterrolle in Sachen Landesbildung inne und er wurde darin auch vom Runden Tisch unterstützt. Entscheidend dafür war die Haltung des neuen Ratsvorsitzenden Wolfgang Sieber. Er unterstützte die

gemeinsame Initiative des Runden Tisches und des Bezirkstages, die am 1. Februar mit einem Aufruf „Für ein demokratisches Sachsen“ an die Öffentlichkeit gingen. Darin hieß es: Es gelte die Chance des demokratischen Neubeginns für ein neues Kapitel in der Geschichte Sachsens zu nutzen. Sieber sprach sich für eine enge Zusammenarbeit mit den basisdemokratischen Gruppierungen, den neuen Parteien und vor allem mit dem Runden Tisch aus.

Die aktive Haltung Siebers in Sachen Landesbildung stieß nicht nur in Berlin auf Widerspruch, auch im Rat und im Bezirkstag hatte er nun Gegner. Einen Misstrauensantrag der PDS Fraktion im Bezirkstag überstand er gerade noch. Einen Tag später kam es aber in der Ratssitzung zum Eklat als er erklärte, der Bezirkstag besitze keine Legitimation mehr. Man sollte diesen auflösen und ihn durch eine konstruktive Arbeit mit dem Runden Tisch ersetzen. Einer drohenden Abwahl durch den Bezirkstag am 6. Februar kam Sieber zuvor, in dem er von sich aus zurücktrat. In derselben Sitzung beschloss der Bezirkstag, neue Parteien und basisdemokratische Gruppierungen mit vollem Stimmrecht in die Arbeit einzubeziehen. Die basisdemokratischen Kräfte lehnten eine Kooptierung ab und forderten stattdessen die Auflösung des Bezirkstages.

Da der Bezirkstag, wie zu erwarten, zur Selbstauflösung nicht bereit war, würden die neuen politischen Kräfte nun eine eigene Fraktion bilden und nur das Rede- und Antragsrecht wahrnehmen, in den ständigen Kommissionen mitarbeiten und Kontrollfunktionen ausüben.

Der Runde Tisch nahm auch das Angebot des Bezirkstages an, einen ständigen Vertreter in das Präsidium des Bezirkstages zu entsenden. Noch am gleichen Tag bestimmte der Runde Tisch einen seiner Moderatoren für das Gremium. Die neuen politischen Kräfte hatten nun ein gewichtiges Wort im Bezirkstag mitzureden. Als sich am 20. Februar der Bezirkstag anschickte die Länderbildung an sich zu ziehen, kurz danach aber die Modrow Regierung verkündete die Bezirkstage aufzulösen, übernahm der Rat des Bezirkes die Initiative. Sofort beschlossen die drei Räte der Bezirke die Koordinierung der eigenen Aktivitäten zu intensivieren und die Bildung des Landes Sachsen zu ihrer Angelegenheit zu machen, und Strukturen entsprechend ihren eigenen Interessen zu entwickeln.

Der Runde Tisch in Dresden konterte indem er seinerseits eine Initiativgruppe zur Koordinierung der Aktivitäten der Runden Tische in Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt bildete. Einer der beiden Moderatoren übernahm es, Kontakte zu den Runden Tischen Räten der Bezirke und den Bezirkstagen in Leipzig und Karl-Marx-Stadt aufzunehmen. Die Initiative lief vorerst ins Leere, da die Räte in der Beratung in Karl-Marx-Stadt kein Interesse an einer Zusammenarbeit zeigten.

Am 9. März verständigten sich die drei Ratsvorsitzenden, einen gemeinsamen „Ausschuss zur Herausbildung des Landes Sachsen“ mit je 20 ausgesuchten Vertretern im Stile der Nationalen Front zu konstituieren. Entsprechende Arbeitsgruppen sollten Strukturvorschläge erarbeiten. Von der Regierung in Berlin forderten sie eigene Entscheidungsbefugnisse hinsichtlich der

Landesbildung. Sie versicherten, der Weg zur staatlichen Einheit nach Artikel 23 Grundgesetzes würde generell abgelehnt werden und, die DDR sollte als Ganzes erhalten bleiben, aufgegliedert in Länder. Diese sollten, wie schon 1946, in einer neuen Verfassung festgeschrieben werden.

Während sich der Bezirkstag weiter selbst auflöste wurde auch am Runden Tisch über die Zukunft des Gremiums nach der geplanten Volkskammerwahl am 18. März, nachgedacht.

Nach den Wahlen und dem Sieg der CDU zeichnete sich im Bezirk Dresden eine Sonderentwicklung ab.

Während die neue Regierung in Berlin kein Interesse an der Fortsetzung der Arbeit der Runden Tische zeigte, gelang es in dieser Situation einer kleinen Gruppe aus ehemaligen Mitglieder des Neuen Forum, der Gruppe der 20 und des DA um Arnold Vaatz und Hans Geisler den Runden Tisch in eine dem Wahlergebnis Rechnung tragenden Zusammensetzung, verstärkt durch Vertreter revolutionärer Gruppierungen, zu erhalten und ihn zukünftig als eigene Machtbasis zur Fortsetzung der revolutionären Ziele, im Prozess der Länderbildung zu nutzen.

Wie in seiner Sitzung am 15. März vereinbart tagte der Runde Tisch am 22. März nochmals in seiner alten Besetzung. In dieser Sitzung kündigte Ratsvorsitzende Kunze für den 18. April einen großen Festakt auf der Albrechtsburg in Meißen an, auf dem ausgewählten sächsischen Honorationen einen auf Schweinsleder gedruckten Verfassungsentwurf, der beim Rat des Bezirkes z.Z. erarbeitet würde, und von ihm überreicht, erhalten sollten. Der

Runde Tisch stimmt dem Angebot zu, bis zum 27. März namentliche Vorschläge für die Teilnahme zu machen und bestätigte auch die Mitarbeit in einem vorgesehenen Ausschuss zur Landesbildung. Welche politische Brisanz diese Information hatte, wurde den Teilnehmern des Runden Tisches erst im Nachhinein bewusst.

In der gleichen Sitzung schlug Arnold Vaatz vor, den Bezirkstag durch den Runden Tisch zu ersetzen. Kunze konterte mit Verweis auf ein Schreiben an die neue Regierung vom 27. März, in dem der Rat zur Überraschung aller darum gebeten hatte, bis zu den Landtagswahlen die Bezirkstage zu erhalten.

Es wurde erkennbar, dass der Runde Tisch für die Räte einen weitaus unbequemeren Partner darstellte, als der vom ihm dominierte Bezirkstag.

Nach der Regierungsbildung Ende März nahm diese nun das Heft des Handelns in die Hand.

Den Räten wies sie exekutive Funktionen zu, die Runden sollten aufgelöst werden.

Der Runde Tisch in Dresden widersetzte sich diesem Ansinnen und beschloss bis zu den Landtagswahlen seine Kontrollfunktion, der Arbeit der alten Administration auf Bezirksebene, weiterhin wahrzunehmen.

Am gleichen Tag beschlossen die Abgeordneten des Bezirkstages auf, Antrag der drei Räte der Bezirke, die Entwürfe einer Landesverfassung sowie eine Landkreis- und Gemeindeordnung.

30.000 gedruckte und gebundene Exemplare waren für die schon erwähnte Auftaktveranstaltung am 18. April auf der Albrechtsburg vorbereitet worden und sollten nach der Gründung eines Kuratoriums zur öffentlichen Diskussion gestellt werden.

Anfang April verschickte der Ratsvorsitzende Kunze Einladungen, abgestimmt mit den Ratsvorsitzenden in Leipzig und Karl-Marx-Stadt sowie den Präsidenten der Bezirkstage, zur Gründung eines „Kuratoriums Land Sachsen“ für den 18. April auf der Albrechtsburg in Meißen.

Einladungen erhielten auch die beiden Moderatoren des Dresdner Runden Tisches. Nun läuteten am Runden Tisch die Alarmglocken. Durch die neuen politischen Kräfte des Runden Tisches wurde der Widerstand gegen diese Veranstaltung organisiert.

Eine breite Ablehnungsfront von CDU, DSU, DA, SPD, FDP, Bündnis 90 und von Bürgerbewegungen bildete sich. Nun schien es auch den Staatsfunktionären zu dämmern, dass ihr Einfluss in der Öffentlichkeit gegen Null ging und die Bevölkerung sie, wenn überhaupt, nur noch als Auslaufmodell akzeptierte.

In einem Artikel der Tageszeitung „DIE UNION“ am 15. April wurde den Räten der Bezirke öffentlich die Legitimation abgesprochen, Initiativen zur Landesbildung zu ergreifen und diese in die Verantwortung der demokratisch gewählten Volksvertreter gelegt.

Die Zeitung „DIE UNION“ hatte schon am 29. und 30. März den Entwurf einer Landesverfassung, der Dresdner Gruppe der 20 veröffentlicht. Darin spielte die DDR keine Rolle mehr und Sachsen sollte ein Land der Bundesrepublik Deutschland werden. Damit

besetzten die neuen politischen Kräfte um Vaatz zwei wichtige Themen. Steffen Heitmann, der sich als ein wichtiger Vertreter in Sachen Verfassung profilierte, bezeichnete später den Vaatz'schen Entwurf als ein „Zusammenschreiben von Artikeln mit einigen Kuriositäten“, betonte aber, es wäre aus seiner Sicht nicht gelungen ohne den „politisch wichtigen Schritt“ das Thema Verfassung in der Öffentlichkeit zu besetzen. Eine gemeinsame Erklärung der Regierungskoalition in Berlin gegen die geplante Veranstaltung in Meißen setzten die durch PDS, marginalisierten Parteien und Gruppierungen repräsentierten Räte zusätzlich unter Druck, sodass diesen keine andere Wahl blieb, als die Meißner Veranstaltung am 17. April abzusagen.

Mit der Verhinderung des Versuches der drei Räte der Bezirke sich in Meißen als führende Kraft in der Landesbildung zu profilieren, war es den neuen Kräften gelungen, ihren Anspruch, die zukünftige Landesbildung maßgeblich mitzubestimmen, deutlich zu machen. Die Fortsetzung der Arbeit des Runden Tisches in der Unterstützung der neuen politischen Kräfte erwies sich nun als Vorteil, da zur gleichen Zeit in Karl-Marx-Stadt die Regierungsparteien und in Leipzig die CDU nicht mehr an den Runden Tischen beteiligt waren und somit auch keine Unterstützung geben konnten. Die Bedeutung des Dresdner Runden Tisches ließ sich auch dadurch erklären, dass obwohl nicht demokratisch legitimiert, dieser zu keiner Zeit „grundlegend hinterfragt“ wurde und sich auf eine breite öffentliche Akzeptanz stützen konnte, da er konsequent an dem Auftrag der Demonstranten zur Bildung des Landes Sachsen festhielt.

Die Auseinandersetzung des Dresdner Runden Tisches mit den Räten der Bezirke trat nun in eine neue Phase. Noch handelten die alten Kräfte nach dem bekannten Motto: Wir haben eine Schlacht verloren, aber am Ende werden wir uns durchsetzen. Sie nutzten die Chance, die am 25. April zum ersten und letzten Mal tagende Arbeitsgruppe „Land Sachsen“ des Bezirkstages, um erneut ein paritätisch zusammengesetztes Gremium von 75 bis 90 Personen der sächsischen Bezirke zu schaffen. Die Zusammensetzung lehnte sich stark an das Kuratorium an, das auf der Albrechtsburg gegründet werden sollte.

Einen Tag später, in der letzten Sitzung des Bezirkstages, schlug ich dem Plenum die Einrichtung eines Koordinierungsbüro vor, dass alle Aktivitäten in Sachen Landesbildung der Räte, Bezirkstage und der Runden Tische zukünftig bündeln soll. „Dies führe nicht nur zur Überschaubarkeit der Arbeit aller Beteiligten, sondern helfe auch die eingetretenen Verunsicherungen der Partner in Baden-Württemberg und Bayern zu beseitigen“. So die Begründung.

Ein gemeinsames Plenum sollte dann die Ergebnisse der Arbeitsgruppen beraten und beschließen. Da sich ein solches Büro nicht selbst legitimieren könne, würde - wenn auch umstritten - ein Beschluss des Bezirkstages immer noch besser sein, als eine manipulierte Zusammensetzung eines Gremiums durch die Räte der Bezirke. Der Bezirkstag stimmte meinem Vorschlag zu.

Außerdem beschloss der Bezirkstag, das Koordinierungsbüro im Gebäude des Rates des Bezirkes einzurichten und ein Mitglied des Runden Tisches mit der Leitung zu beauftragen. Auf Vorschlag der

Moderatoren wurde in der Beratung des Runden Tisches am 3. Mai Arnold Vaatz einstimmig zum Leiter des Koordinierungsbüros gewählt. Zur gleichen Zeit beschloss die Regierung zur einheitlichen Leitung der zukünftigen Auftragsverwaltungen (Räte der Bezirke), Regierungsbevollmächtigte einzusetzen und die Legislaturperiode der Bezirkstage per 31. Mai zu beenden.

Was die Regierung de Maizière nicht anordnen konnte, war das Ende der nicht-staatlichen Runden Tische, deren Ende musste auf andere Art erreicht werden. Auf den Runden Tisch kamen erneut schwere Zeiten zu, während die Räte der Bezirke wieder Hoffnung schöpften.

Für die Räte der Bezirke bedeutete der Beschluss der Regierung Sicherheit in der Kontinuität wesentlicher Teile ihrer Arbeit. Mit Unterstützung der Regierung konnten nun die begonnenen Arbeiten, zur Vorbereitung der künftigen Strukturen des Landes und seiner Verwaltungen, vorerst in alleiniger Verantwortung fortgesetzt werden.

Die Regierung sah keinen Anlass, Runde Tische oder andere Gremien zu beteiligen. Mit dem Beschluss der Regierung vom 2. Mai erkannten die SED-dominierten Apparate ihre Chance, in die neuen Strukturen überzuwechseln. Begünstigt wurde das Ganze auch dadurch, dass die Kontrolle durch einen Regierungsbevollmächtigten und den gewählten Volkskammerabgeordneten der Region lediglich einmal im Monat in einer Beratung erfolgen sollte.

Den neuen politischen Kräften, nicht nur am Runden Tisch, wurde drastisch vor Augen geführt, dass der Zugriff auf die Verwaltungen der entscheidende Machtfaktor bei der Herausbildung des Landes Sachsen war.

Hatte bisher der Konflikt zwischen dem Rat des Bezirkes und dem Runden Tisch die Situation vor Ort bestimmt, wurde dieser durch den Schulterchluss der Regierung mit den Räten (aus Sicht der Mitglieder des Runden Tisches) modifiziert. Damit wuchsen, so mein Eindruck, auch die Widerstände derer, die eine wichtige Rolle im revolutionären Herbst bis hier her gespielt hatten.

Einen Tage nach der Sitzung des Ministerrates legte eine Gruppe um Arnold Vaatz dem Runden Tisch ein Arbeitspapier mit dem Titel „Vorschlag zur Bildung eines vorparlamentarischen Ausschusses für das Land Sachsen“ vor, in dem ein Koordinierungsausschuss als Organ vorgesehen war. Der Vorschlag berücksichtigte die Vorgaben des Beschlusses des Bezirkstages vom 26. April. Der Dresdner Runde Tisch übernahm es, den vorparlamentarischen Ausschuss zu organisieren, anders als von der Regierung gewollt.

Ungeachtet der Frage nach der Legitimation schlossen sich von der Einsicht geleitet, dass ein neu entstehendes Land nicht ohne Mitwirkung seiner interessierten Bürger entstehen sollte, die wichtigsten regionalen Kräfte zu einer sächsischen Allianz zusammen.

Unerwartete Unterstützung erhielt die Initiative durch den Noch-Ratsvorsitzenden Kunze, der das Zweckbündnis Runder Tisch und den scheidenden Bezirkstag unterstützte und so half, der zentral

gesteuerten Landesbildung aus Berlin ein dezentrales Konzept unter der gemeinsamen Mitwirkung aller maßgeblichen politischen Kräfte, der Runde Tische und interessierter Bürger entgegenzusetzen.

Für die Arbeit des Koordinierungsbüros war es von Bedeutung, dass Kunze den Leiter der AG Verwaltungsstruktur Ratsmitglied Klaus Schumann (ehemals SED), der sich als Gegenspieler der neuen Kräfte profiliert hatte, von seiner Funktion mit sofortiger Wirkung entband und so den Weg für die Berufung von Vaatz als Beauftragtem für die Erarbeitung der neuen Landesstrukturen freimachte.

Doch den neuen politischen Kräften in der CDU sollte sich ein weiteres neues Konfliktfeld eröffnen. In der 19. Beratung des Runden Tisches am 17. Mai kam es zu einer ersten offenen Auseinandersetzung mit einem Altfunktionär der CDU. Johannes Schramm, Landessekretär der CDU, bewertete die Konzeption des Runden Tisches und des Bezirkstages als „gute Grundlage für die weitere Arbeit“, teilte aber mit, dass der Bezirkstag zum 31. Mai aufgelöst werde, die jetzige Administration der Räte in ihrer Selbstständigkeit beschnitten und die Runden Tische zum gleichen Zeitpunkt aufgelöst würden und schließlich am 19. Mai der Landesvorstand der CDU die Regierungsbeauftragten für die Bezirke benennen würde.

Der Runde Tisch reagierte auf diese Information mit einem einstimmigen Beschluss die Aktivitäten zur Bildung eines vorparlamentarischen Ausschusses durch das Koordinierungsbüro

zu forcieren und beauftragte Vaatz, den geplanten Koordinierungsausschuss mit Leben zu erfüllen. Unterstützt wurde der Beschluss erneut durch den Noch-Ratsvorsitzenden Kunze.

Im Beisein von Schramm machte der Runde Tisch Nägel mit Köpfen und bestimmte auf Vorschlag des Koordinierungsbüros eine ganze Anzahl von Leitern der Arbeitsgruppen des Koordinierungsausschusses. Dieser entwickelte sich in kurzer Zeit zu einer unumstößlichen Größe, da er mit Unterstützung Kunzes, wenn nötig, auf die Strukturen des Rates zurückgreifen konnte. Was folgte, waren heftigste innerparteiliche Auseinandersetzungen in der CDU.

Nachdem es dem Berliner Büro des Ministerpräsidenten nicht gelungen war, den Koordinierungsausschuss zu „entkernen“, das hieß übersetzt, seinen Leiter abzuziehen und ihm außerhalb Dresdens neue Aufgaben zu übertragen, wurde dieser schließlich am 30. Mai auf Vorschlag des Landesvorstandes seiner Partei zum stellvertretenden Regierungsbeauftragten mit dem Auftrag ernannt, für die zukünftigen Strukturen des Landes Sachsen verantwortlich zu sein. Der am 5. Juni für den Bezirk Dresden eingesetzte Regierungsbeauftragte Siegfried Ballschuh CDU, ehemaliges Ratsmitglied, wurde so unfreiwillig zum Nachlassverwalter der auslaufenden Strukturen des Rates des Bezirkes. Der Landesvorstand der CDU beschloss auch, dass zukünftig keine CDU-Mitglieder mehr an den Sitzungen des Rundes Tisches teilnehmen sollten und das Ende des Rundes Tisches „konsequent durchzusetzen“ sei. In Leipzig und Chemnitz sei dies bereits erreicht.

Mit diesem Beschluss geriet Vaatz in eine schwierige Lage, stellte doch das Wirken des Runden Tisches der drei Bezirke bislang die Legitimationsgrundlage für die Arbeit des vorparlamentarischen Ausschusses und des Koordinierungsausschusses dar. Andererseits wurde er durch die Anbindung an den Regierungsbeauftragten Teil der Exekutive und erhielt die Legitimation für seine Arbeit durch den Beschluss der Volkskammer, Regierungsbeauftragte für die Bezirke einzusetzen.

Am 14. Juni stellte Ballschuh sein Konzept für die neuen Strukturen, wie vom Runden Tisch gefordert, diesem vor. Eine faustdicke Überraschung war es, dass Ballschuh zeitgleich mit der Berufung von Vaatz dessen gerade abgesetzten Gegenspieler Schumann zum Leiter einer „Koordinierungsgruppe für die Landesangelegenheiten“ wieder aktivierte.

Vaatz setzte, wenn auch unter schwierigsten Bedingungen, seine Arbeit fort und informierte den Runden Tisch am 28. Juni über den Arbeitsstand und personelle Besetzungen in seinem Büro. Zu seinem Stellvertreter ernannte er Helmut Münch. Kritik wurde an der Entscheidung des Regierungsbevollmächtigten geübt, dem SED-Altfunktionär Schumann erneut die Möglichkeit zu geben, Einfluss auf die zukünftigen Strukturen des Landes an einer wichtigen Koordinierungsstelle zu nehmen.

Am Morgen des Sitzungstages des Runden Tisches schrieb die Journalistin der Tageszeitung „DIE UNION“ Uta Dittmann die Öffentlichkeit habe ein Recht, über derartige

Personalentscheidungen „hinter verschlossenen Türen“ informiert zu werden.

Diese dürfte ihr schwer erkämpftes Recht zur Mitsprache nicht aus der Hand geben oder an Parteien delegieren. Sie fügte hinzu:“ In der Öffentlichkeit verbreitete sich der Eindruck, dass demokratische Mitwirkung und Transparenz erneut nicht erwünscht seien“. Kritisiert wurde vom Runden Tisch wiederum das Konzept der Regierung zur Kontrolle der Bezirksverwaltungen durch den Regierungsbevollmächtigten. Es wurde die Frage gestellt, und wer kontrolliert den Regierungsbevollmächtigten? Der Vorschlag, über die geplanten Regionalausschüsse eine Kontrolle auszuüben und Transparenz herzustellen, scheiterte am Regierungsbevollmächtigten, der es ablehnte, seine Arbeit - weder vom Runden Tisch noch von irgendwelchen Ausschüssen - kontrollieren zu lassen.

Ein in der Sitzung eingebrachter Antrag, der Runde Tisch solle sich mit sofortiger Wirkung auflösen, scheiterte am Widerstand der Vertreter der revolutionären Parteien und Gruppierungen, die nur noch über den Runden Tisch ihre Interessen einbringen konnten.

Trotz des Votums, sich nicht aufzulösen, war allen Beteiligten bewusst, dass die Tage des Dresdner Runden Tisches gezählt waren.

Gebraucht wurde nun ein gesamtsächsisches Gremium , das zum einen die Einbindung des Koordinierungsausschusses in das regierungsoffizielle Konzept der Länderbildung nicht infrage stellte, andererseits aber sicherstellte, dass die Bildung des Landes

Sachsen, die ja bereits in den Händen der neuen politischen Kräfte lag, demokratisch begleitet und eine Beteiligung der Öffentlichkeit an der fortschreitenden Arbeit ermöglichte.

Am 10. Juli ließ ich den Leiter des Koordinierungsbüros Helmut Münch von meiner Absicht unterrichten, ein „Sächsisches Forum“ zu gründen. Zwei Tage später trat der Runde Tisch zu seiner letzten Beratung zusammen. Ich informierte die Mitglieder über meine Vorstellungen, die Arbeit des Runden Tisches in einem sachsenweiten Gremium fortzusetzen. Der Runde Tisch folgte dem Vorschlag und bestätigte einstimmig ein vom Moderator geleitetes „Sächsisches Forum“.

Am 26. Juli versammelte sich erstmalig das Sächsische Forum in der Aula der Pädagogischen Hochschule in Dresden (heute Ministerium für Wissenschaft und Kunst). Der Saal war überfüllt und es war erkennbar, dass das Anliegen des Sächsischen Forums, die Öffentlichkeit in den Länderbildungsprozess mit einzubeziehen, auf ein großes öffentliches Interesse traf. Nach einem Blick in den Saal meinte ein Teilnehmer: „Hier hat sich ja Sachsen versammelt“. In der Tat zeigte die ausgelegte Anwesenheitsliste ein breites Spektrum gesellschaftlicher Interessenvertreter, der Kommunen, Landkreise, Kirchen, Organisationen, Verbände, Künstlern sowie interessierten Bürgern.

Weniger interessiert an der Veranstaltung waren die Abgeordneten der Volkskammer. Von über einhundert Eingeladenen waren aber wenigstens sechs anwesend.

Nach einführenden Worten über Sinn und Zweck des Sächsischen Forums durch den Versammlungsleiter informierte Arnold Vaatz anschließend über das Zustandekommen und den Stand der Arbeiten der zukünftigen ministerialen Strukturen. Danach stellte Steffen Heitmann den fast fertigen „Gohrischer Entwurf“ einer zukünftigen Sächsischen Verfassung vor. Matthias Rößler sprach über den geplanten Aufbau des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst.

In allen öffentlichen Beratungen des Sächsischen Forums lag der Schwerpunkt in oft stundenlangen Aussprachen zu den zukünftigen Strukturen. Das Sächsische Forum organisierte fünf Versammlungen in den drei Bezirkshauptstädten Dresden, Chemnitz und Leipzig. Auf einer der Sitzungen erhob sich der betagte Löbauer Stempelmacher Rudolf Keßler mit den Worten: „Ich bin im Freistaat geboren und will im Freistaat Sachsen sterben.“

Das Sächsische Forum war in dieser Zeit die Brücke für die Arbeit des Koordinierungsausschusses und seiner neuen politischen Akteure, zu einer breiten interessierten gesellschaftlichen Öffentlichkeit.

Mit dem Koordinierungsausschuss und dem Sächsischen Forum war es den neuen politischen Kräften in einem zähen Kampf gelungen, ein Stück sächsischer Eigenständigkeit, in direkter Ableitung der Forderungen der Demonstranten, in die Gründung des Landes einzubringen.

Kurz vor der Landtagswahl am 12. Oktober 1990 waren die neuen ministerialen Strukturen fertiggestellt und die wichtigsten Positionen öffentlich ausgeschrieben. Auch das Sächsische Forum hatte seine Absicht umgesetzt, den Bürgern die Mitsprache zu ermöglichen und somit Einfluss auf die Strukturen des Landes Sachsen zu nehmen.

Ein nicht unbedeutender Revolutionär dieser Zeit beschrieb in seiner bekannten Bildersprache die Situation so oder so ähnlich : „Die Pferde waren gesattelt, nun übernahmen die Reiter die Verantwortung für die Zukunft Sachsens, das Beste daraus zu machen“.

Mit Konstituierender Sitzung des 4. Sächsischen Landtages heute vor 25 Jahren, der Vereidigung seiner Mitglieder und der Wahl seines Präsidenten, begann ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte des sächsischen Parlamentarismus.

Damit endete auch ein politischer Sonderweg bei der Neugründung eines Bundeslandes des Freistaates Sachsen der Bundesrepublik Deutschland.

Sehr geehrte Damen und Herren, so war das vor 25 Jahren.

Ich danke Ihnen.